

Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung – gemeinsam für Marzahn-Hellersdorf

Vereinbarung über eine Zusammenarbeit für die IX. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf zwischen den Parteien und Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen

Die Parteien und Fraktionen von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen, im Weiteren Partnerinnen genannt, vereinbaren eine enge Zusammenarbeit im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung in der IX. Legislaturperiode.

I Präambel

Wir treten für eine offene Gesellschaft ein und stehen für eine transparente und bürgernahe Politik. Dazu fördern wir eine Umgebung, die allen Menschen Schutz bietet, in der sich die Menschen frei und zu Hause fühlen können – völlig unabhängig vom Alter, dem Geschlecht, dem sozialen Status, der Religion, der Herkunft, der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.

Von Kindertagesstätten über Bildungs- und nachbarschaftliche Kiez- und Freizeitangebote, der Verkehrsinfrastruktur bis hin zu Arbeitsplätzen im Bezirk, wollen wir vielfältige Angebote entwickeln und vorhalten.

Unser Bündnis stellt sich den Herausforderungen der sozialen Situation vieler Menschen in unserem Bezirk. Wir wollen dazu beitragen, Kinder- und Altersarmut wirksam zu bekämpfen und bessere Hilfe für Bürgerinnen und Bürger in sozialen Krisensituationen schaffen. Die Partnerinnen unterstützen Projekte und Initiativen wie auch Einrichtungen und Organisationen, die Menschen in Not helfen.

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten eine existenzielle Bedrohung dar. Daher stehen Maßnahmen zum Klimaschutz auch in Marzahn-Hellersdorf ganz oben auf unserer Agenda. Insbesondere die Mobilitätswende ist eine zentrale Aufgabe für Klimaschutz und Teilhabe. Daher werden wir den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Elektromobilität (Ladestationen) sowie von Geh- und Radwegen weiter fortsetzen.

Mit großer Sorge nehmen wir den gewaltbereiten Rassismus und die in den letzten Jahren entstandenen rechtsextremen Strukturen wahr. Wir treten klar gegen rassistische, queerfeindliche und antisemitische Erscheinungen und Gewalt in unserem Bezirk ein.

Wir unterstützen Projekte und Maßnahmen, die eine stärkere Bindung der Marzahn-Hellersdorferinnen und Marzahn-Hellersdorfer an unseren Bezirk schaffen. Wir wollen, dass Marzahn-Hellersdorf innerhalb Berlins ein Bezirk mit Perspektive und positiver Ausstrahlung ist und nach außen auch so wahrgenommen wird.

Die Bezirksverwaltung soll als moderne Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weiterentwickelt werden. Hierzu werden alle Innovationsmöglichkeiten ausgeschöpft.

Für die Konstituierung der Bezirksverordnetenversammlung, vor allem die Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes der Partnerinnen, wird eine gesonderte Vereinbarung mit den Parteien und Fraktionen der FDP und der Tierschutzpartei geschlossen (Zählgemeinschaft).

Zur Umsetzung dieser Ziele vereinbaren die Parteien und Fraktionen nachfolgende Projekte für die kommende Legislaturperiode sowie die Struktur der gemeinsamen Zusammenarbeit.

II Gemeinsame Projekte

Demokratie:

Die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung wird durch zusätzliche Personalmittel im Doppelhaushalt 2022/2023 ausgebaut.

Regelmäßige stadtteilbezogene Einwohnerversammlungen - ob digital oder analog - sollen zum Standard der Bürger:innenkommune Marzahn-Hellersdorf gehören. Das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung werden hierfür eine gemeinsame jährliche Planung vorlegen.

Der Bürgerhaushalt soll durch eine Verbesserung der Instrumente, u.a. durch die Einbeziehung weiterer Einrichtungen, Institutionen und differenzierter thematischer Bereiche, gestärkt werden.

Die Initiative für ein Marzahn-Hellersdorfer Kinder- und Jugendparlament unterstützen wir durch entsprechende Räume, finanzielle Mittel und die öffentliche Sichtbarmachung. Das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung werden darauf hinwirken, dass Vertreter:innen eines Kinder- und Jugendparlaments die notwendigen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit erhalten.

Wir werden die Geschäftsordnung der Bezirksverordnetenversammlung dahingehend anpassen, dass auch ein Rederecht für Initiativen und Gremien, unter anderem die bezirkliche Schüler:innenvertretung, in der BVV ermöglicht wird.

Das Bezirksamt wird künftig, mindestens einmal im Quartal, gemeinsame digitale und analoge Pressekonferenzen durchführen und weitere geeignete Kommunikationsmittel (z.B. Rathaus-Zeitung) erarbeiten.

Die Partnerinnen sehen das Bündnis für Demokratie und Toleranz als zentrale Akteurin und Partnerin für die Demokratieentwicklung und bezirkliche Gedenkarbeit und wollen diese Arbeit weiter unterstützen.

In unserem Bezirk leben auch viele Menschen mit Fluchterfahrung, die aus Krisen- und Kriegsgebieten nach kommen. Für die jeweilige, differenzierte Unterstützung und Integration, für die Wertschätzung ihrer Lebenserfahrungen werden die Partnerinnen bei den Einwohner:innen des Bezirks mit Information und Transparenz um Akzeptanz werben. Ebenso sollen Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements angeboten, koordiniert, gestärkt werden.

Klimaschutz:

Klimaschutz und Umweltbewusstsein werden in dieser Wahlperiode noch stärker in den Mittelpunkt der politischen Arbeit gestellt. Dazu sind neue Bündnisse zu schmieden, die auch Wirtschaft und Unternehmen einbinden. Ziel ist es, dass bis zum 2. Quartal 2022 ein bezirklicher Klimarat etabliert wird.

Durch den Energiebeauftragten wird bis zum September 2022 ein Plan zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes für die bezirklichen Liegenschaften vorgelegt. Auch der gesetzlich vorgeschriebene Sanierungsfahrplan wird in diesem Zusammenhang vorgelegt.

Bei allen Sanierungsmaßnahmen von bezirkseigenen Objekten und kommunalen Bauten, sind ökologische Materialien, der Einsatz von nachhaltigen Produkten, aber auch der Einsatz von Solar- oder Gründächern konsequent zu verfolgen.

Im kommenden Bürgerhaushalt ist eine Position zum Klimabürgerhaushalt vorzusehen, die explizit Maßnahmen für besseren Klimaschutz vorhält.

Die Stelle Klimaschutzbeauftragte/r wird unverzüglich besetzt. Die steigende Bedeutung dieses Themas und die zusätzlichen Aufgaben sollten dazu führen, dass hier auch perspektivisch eine bessere Wirkung und Ausstattung der Beauftragten ermöglicht wird.

Das Ziel des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist es, aufbauend auf den Zielsetzungen der EU und der Bundesregierung, ein zukunftsweisendes und tragfähiges Konzept zu entwickeln, um den Klimaschutz im Bezirk weiter voranzutreiben.

Für eine Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes sind unverzüglich Gelder bereitzustellen, um es bereits in 2022 fortzuschreiben und mit konkreten Maßnahmen zu versehen. Der Maßnahmenkatalog soll durch die BVV beschlossen werden.

Bestehende Umweltbildungsangebote des Bezirks und der Träger werden weiterentwickelt und finanziell gestärkt.

Arbeit und Soziales:

Um allen Jugendlichen eine Ausbildung zu sichern, werden wir die Jugendberufsagentur weiterentwickeln und dezentral vor Ort Angebote ausbauen. Es sollen neue Netzwerke zwischen unterschiedlichen Einrichtungen und Institutionen entstehen, um neue Ausbildungsmöglichkeiten und eine anschließende Beschäftigung zu erschließen.

Die Verträge mit den Stadtteilzentren sollen zur Sicherung der sozialen Kiez- und Stadtteilzentren fortgeführt werden. Die Angebote sollen evaluiert und die Stadtteilzentren dabei unterstützt werden, ihre Öffnungszeiten flexibler zu gestalten.

Wir werden Kiez- und Bürgerhäuser, die z.B. eine Bibliothek, einen Veranstaltungssaal und weitere örtliche Angebote beherbergen, schaffen. Sie sollen Anlaufpunkte für Beratung, Treffpunkte von Bürgerinnen und Bürgern, Bildungs- und Freizeittorte sein. Konkret sollen in den nächsten fünf Jahren in Mahlsdorf-Süd und Marzahn-Nord solche Bürgerhäuser entstehen.

Sowohl die aktiven als auch die verstetigten Quartiersmanagementgebiete bedürfen der ständigen Aufmerksamkeit. Wir wollen an der Stelle ausgelaufener QM-Verfahren modellhaft ein „QM von unten“ initiieren. Entstandene zivilgesellschaftliche Netzwerke sollen gestärkt und durch die Bündelung von Ressourcen, u.a. auch finanzielle, weiter etabliert werden. Hierbei sind vor allem Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen.

Die Partnerinnen werden die Standorte der Schuldnerberatung weiter sichern und die Angebote je nach Bedarf erweitern. Auch in den Stadtteilzentren sollen Beratungsangebote erweitert werden. Hierfür wird das Bezirksamt mit den Trägern der Einrichtungen über die jeweiligen Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen beraten. Die Arbeit der Freiwilligenagentur wird evaluiert und erweitert.

Größere Aufmerksamkeit des Bezirksamtes soll auf sogenannte Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und mehr Anerkennung und Wertschätzung der Leistung der dort Tätigen gelegt werden. Wir wollen dazu beitragen, dass faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung in allen Werkstätten zum Standard gehören.

Der faire Handel ist eine Strategie zur Armutsbekämpfung, welche durch gerechtere Handelsbeziehungen die Situation der benachteiligten Produzentenfamilien in Afrika, Asien und Südamerika verbessern soll. Ferner soll es die Binnenwirtschaft stärken und langfristig ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen abbauen.

Die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt werden sich bis Ende 2022 der internationalen Kampagne „Fairtrade Towns“ anschließen und die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Inklusion:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf wird nach dem Vorbild anderer Berliner Bezirke ein bezirkliches Inklusionskonzept erarbeiten und bis Mitte der Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorlegen.

Die weitere Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) wird aktiv vorangetrieben und die angedachten Teilhabeämter bis spätestens Ende 2022 eingerichtet. Unser Maßstab ist die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Marzahn-Hellersdorf muss sich mehr für einen barrierefreien Bezirk auf allen Ebenen engagieren. Dazu zählen für uns u.a. barrierefreie und behindertengerechte Zugänge zu allen öffentlichen Gebäuden, zum ÖPNV, Wegeleitsysteme und Kennzeichnungen für Menschen mit Sehbehinderungen. Gemeinsam mit der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und dem Behindertenbeirat, wollen wir konkrete Schritte zum benannten Ziel verabreden. Vor einem Beschluss über eine Investitionsplanung wird das Bezirksamt darstellen, welche konkreten Verbesserungen in Bezug auf die Barrierefreiheit bei Umsetzung der Maßnahmen erreicht werden.

Bildung:

Der Schulbau hat für die Zählgemeinschaft höchste Priorität. Um die geplanten Bau- und Sanierungsmaßnahmen auch im Rahmen der Zeitpläne zu schaffen, werden wir das Personal im Bereich Facility Management aufstocken.

Das Projekt der Gemeinschaftsschulen soll auch in Marzahn-Hellersdorf weiter ausgebaut werden. Im Laufe der Wahlperiode soll mindestens eine unserer Gemeinschaftsschulen, um eine gymnasiale Oberstufe erweitert werden. Neben dem bereits avisierten Bau einer Gemeinschaftsschule in Mahlsdorf-Nord, wollen wir weitere dieser Schulen auf den Weg bringen.

Das Bezirksamt wird die Rekommunalisierung der Schulreinigung aktiv voranbringen und gegenüber dem Berliner Senat konkrete Schritte einfordern. Bis zur Umsetzung dieses Ziels muss die Tagesreinigung an allen Schulen umgesetzt werden. Im Doppelhaushalt 2022/2023 des Landes Berlin und des Bezirks Marzahn-Hellersdorf müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit alle Schulen mindestens die 6-Stunden-Tagesreinigung erhalten.

In dieser Wahlperiode soll die Umsetzung des Jugendforschungszentrums, angelehnt an die Idee des Helleums, endlich Realität werden.

Die Digitalisierung der Schulen im Bezirk (schnelles Internet, Ausstattung von Lehrkräften und Schüler:innen mit mobilen Endgeräten) hat für die Partnerinnen oberste Priorität.

Das Bezirksamt wird eine Informationsoffensive bei der Sanierung und dem Neubau von Schulen starten. Hierzu zählt die Einsetzung von Schulbauausschüssen sowie eine transparente und umfassende frühzeitige Informationspolitik durch die Ämter und Bauausführenden.

Das Projekt einer „Reserve mobiler Unterrichtsräume“ wollen wir fortführen. Für die Grundschule an der Mühle, die Kolibri-Grundschule und die Mozart-Gemeinschaftsschule sollen im Jahr 2022 mobile Unterrichtsräume errichtet werden. Das Bezirksamt wird im kommenden Jahr ein Konzept vorlegen, wie die entstandene Reserve längerfristig genutzt werden soll und welche Nachnutzungsperspektive oder Lagerung es dafür gibt.

Für das in unserem Bezirk besonders wichtige Angebot an nachträglichen Bildungsabschlüssen soll das Victor-Klemperer-Kolleg weiterhin gefördert und die allgemeine Bildungsarbeit der Volkshochschule erweitert und vertieft werden.

Kinder, Jugend und Familie:

Marzahn-Hellersdorf soll als ein familienfreundlicher Bezirk weiterentwickelt werden – mit bezahlbarem Wohnraum, einer ausreichenden Versorgung an Kita- und Schulplätzen, Sportangeboten, Jugendclubs, Einkaufsmöglichkeiten, ärztlicher Versorgung, Kultur, Grün- und Freiräumen. Die Partnerinnen werden alle politischen Entscheidungen auf dieses Ziel hin überprüfen.

Das Familienservicebüro wollen wir stärken und durch einen Schwerpunkt auf Angebote für Alleinerziehende ergänzen. Die Familienzentren werden wir sichern und daran arbeiten, dass jede Kita in Marzahn-Hellersdorf ein Familienzentrum in der Nähe hat.

Diskriminierung und Ausgrenzung, Mobbing und Benachteiligung werden wir mit bezirklichen Beratungsangeboten für Eltern, Lehrende, Erziehende, Kinder und Jugendliche entgegenwirken. Mittelfristig ist dafür eine unabhängige Stelle beim Bezirksbürgermeister zu schaffen, an die sich Menschen, die von Mobbing an Schulen oder im Alltag betroffen sind und keine Hilfe finden, wenden können.

Bezirkliche Spielplätze sollen öffentliche Toiletten erhalten. Wo es hierfür keinen geeigneten Wasseranschluss gibt, wollen wir Öko-Toiletten erproben.

Hilfen zur Erziehung sind auch als solche zu betrachten. Eine rein auf Haushalts-Aspekte ausgerichtete Sichtweise lehnen wir ab. Kinder und Familien müssen die Hilfen erhalten, die sie benötigen. Wir werden uns gegenüber dem Land Berlin für eine vollständige Abfederung der Kosten der Hilfen zur Erziehung einsetzen.

Zur Stärkung von präventiven Maßnahmen sind Projekte finanziell zu verstetigen und auszubauen, die elternaktivierend wirken, z.B. Sozialpädagog:innen in Kitas für eine gezielte Elternarbeit. Es wird ein Konzept einschließlich Personal- und Kostenermittlung entwickelt, wie in Marzahn-Nord oder Hellersdorf-Nord bspw. in einem Stadtteilzentrum ein Projekt erprobt werden kann, das junge Eltern, die Leistungsempfänger:innen sind, für ein Vorhaben der darstellenden oder bildenden Kunst begeistert.

Der Familiengutschein soll im Doppelhaushalt 2022/2023 ausgeweitet werden. Die Angebotspalette soll erweitert und entsprechend finanziert werden.

Das Projekt Kinderfreundliche Kommune ist zentral beim Bezirksbürgermeister anzusiedeln und wird zentral finanziert. Es soll helfen, Bedarfe von Kindern und Jugendlichen im Behördenalltag mitzudenken.

Gleichstellung und gesellschaftliche Vielfalt:

Die Partner:innen setzen sich für die Einrichtung einer Fachberatungs- und Interventionsstelle für Frauen in Krisensituationen ein.

Bei der Einrichtung zusätzlicher Zufluchtswohnungen und der Schaffung eines Frauenhauses, wird das Bezirksamt den Senat in die Pflicht nehmen und sich für eine Umsetzung dieser Maßnahmen in den kommenden fünf Jahren einsetzen.

Die Projekte der bezirklichen Mädchen- und Frauenarbeit müssen im Haushalt finanziell abgesichert werden. Kürzungen durch das Land Berlin müssen verhindert und ggf. mit eigenen Haushaltsmitteln aufgefangen werden.

Die Partner:innen bekennen sich zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Queerfeindlichkeit. Dafür wird insbesondere eine Personalstelle für eine queerbeauftragte Person beim Bezirksbürgermeister etabliert. Die entsprechende Personalstelle soll angemessen ausgestaltet werden. Ein Regenbogenzentrum soll bis 2023 in Marzahn-Hellersdorf entstehen. Die finanzielle Grundlage soll mit dem Bezirkshaushalt geschaffen werden und zusätzlich Drittmittel akquiriert werden. Ziel sind mindestens zwei volle Personalstellen sowie angemessene räumliche Gegebenheiten. Zudem sind entsprechende Sachmittel einzuplanen. Über das Regenbogenzentrum hinaus, werden im Bezirkshaushalt Mittel in Höhe von mindestens 20.000€ zur Unterstützung für queere Projekte eingestellt.

Kultur und Weiterbildung:

Die Kunst- und Kulturlandschaft des Bezirks muss einen Entwicklungsschub in Richtung Jugend, Familien, qualitativ hochwertige Kunst und ebenso Stadtteilkultur erhalten.

Die Bedürfnisse der Marzahn-Hellersdorfer in Bezug auf eine wohnortnahe, attraktive und auch außergewöhnliche Kultur sind in einer aktuellen Untersuchung zu erfassen und es ist Zeit, den 10 Jahre alten Kulturentwicklungsplan, der auf so einer Untersuchung basierte, zu aktualisieren. Bis 2023 ist dieser der BVV zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Partnerinnen verständigen sich zu den folgenden kulturpolitischen Zielen:

Die veränderte Nutzung von Kultur durch digitale Angebote verlangt eine andere Ausstattung der Häuser. Vor allem ist auch eine digitale Kulturagenda, die auch jene Künstler:innen unterstützt, die ihr Publikum auf diese Weise erreichen, notwendig. Alle Kulturorte werden seitens der Partner:innen bei der fachlichen und technischen Entwicklung unterstützt.

Musikalische Bildung hat einen hohen Stellenwert. Die Entwicklung der Hans-Werner-Henze Musikschule (mit den drei Standorten Haupthaus Maratstraße, im Haus Babylon und im Tonstudio in Hellersdorf) wird unterstützt. Auf dem Gelände Maratstraße wird ein Erweiterungsbau geplant. Das Jugendsinfonieorchester wird gefördert.

Gemeinsames Ziel der Partnerinnen ist der Erhalt einer dezentralen Bibliothekslandschaft. Eine Schließung von Standorten lehnen wir ab.

Das Theater am Park wird in Verantwortung der bezirklichen Wirtschaftsförderung mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ saniert. Für den Umbau werden die zugesagten Senatsmittel eingesetzt, ein geeignetes Landesunternehmen gebunden und das Theater einem geeigneten Träger eigenverantwortlich übergeben.

Gerade für Familien ist der Besuch des Museums am Wochenende gewünscht. Wir sind bestrebt im Haushalt 2022/2023 die lange geforderten Mittel für eine Wochenendöffnung zu verankern. Der Umbau des Kulturguts mit dem Ziel Nutzung für Museumsarbeit ist

finanziell gesichert und startet Juli 2023. Bis dahin sind ausreichend Mittel für das jetzige Haus 2 einzuplanen.

Die Berliner Clubszene braucht auch am östlichen Stadtrand eine Perspektive. Wir werden durch die Anpassung von Bebauungsplänen und unter Berücksichtigung der Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern die Voraussetzungen schaffen, damit interessierte Anbieter:innen von Clubs und Konzertangeboten sich hier ansiedeln können.

Gesundheit:

Ziel unserer Arbeit ist eine qualitativ und quantitativ gute Versorgung der Bürgerinnen und Bürger des Bezirks. Bestmögliche Gesundheitsvorsorge und Barrierefreiheit sind dafür die Grundlage.

Die Partnerinnen streben den dringend benötigten weiteren Ausbau der fachärztlichen Versorgung in unserem Bezirk an. Wir wollen auch eine eigenständige bezirkliche Verortung für den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst erreichen. Außerdem setzen wir uns für weitere Facharztzentren ein, um die Wege für Bürgerinnen und Bürger kurz zu halten. Außerdem wird für uns die Einrichtung einer pädiatrischen Krankenhausabteilung sowie eine bessere Versorgung mit Hebammen und Kinderärzten ein wichtiges Anliegen sein.

Die Partnerinnen werden das Gesundheitsamt personell aufstocken und so stärken, dass die Einschulungsuntersuchungen zeitnah und vollständig durchgeführt werden können.

Ein besonderes Hauptaugenmerk wollen wir auf die Pflege sowie den Ausbau weiterer Pflegeeinrichtungen legen. Zweitere sollen vor allem auf individuelle Bedürfnisse abgesteckt werden. Die enge Zusammenarbeit mit der Alice-Salomon-Hochschule soll hierzu beitragen.

Die politisch Verantwortlichen der Partnerinnen setzen sich auf Bezirks- und auch auf Landesebene für bessere Bezahlung der Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ein, insbesondere für gute Ausbildung auf dem Gebiet der Pflege und einen höheren Pflegeschlüssel.

Wir unterstützen den Neubau am Standort des Vivantes-Krankenhauses Kaulsdorf.

Verkehr:

Mobilität für alle Menschen in unserem Bezirk zu ermöglichen, ist das gemeinsame Ziel der Partnerinnen. Straßen, Schienen und Wege - der öffentliche und individuelle Verkehr - brauchen starkes Engagement des Bezirks.

Der Ausbau von Geh- und Radwegen wird weiter fortgesetzt und eine entsprechende Zielvereinbarung mit verbindlichen Zwischenzielen mit dem Senat unterstützend ausgearbeitet.

Durch lokale Verkehrskonzepte werden wir in stark belasteten Wohngebieten Durchgangsverkehr beschränken und mit den Anwohner:innen Konzepte wie Kiezblocks und Spielstraßen vor Schulen und Kitas erproben. Konkrete Vorhaben für das Jahr 2022 sind ein Verkehrskonzept Mahlsdorf, eine Spielstraße vor der Franz-Carl-Achard-Grundschule sowie die Beruhigung der "Rennpiste" Heinrich-Grüber-Straße.

Der Erhalt der Kienberg-Seilbahn ist ein gemeinsamer Wunsch. Die Seilbahn ist für unseren Bezirk ein Leuchtturmprojekt und mittlerweile ein bekanntes Wahrzeichen. Die Frage der zukünftigen ÖPNV- und VBB-Integration wird mit dem Landeshaushalt entschieden. Wir setzen uns dafür ein, zunächst die Benutzung der Seilbahn den VBB-Monats- und Umweltkarteninhaber:innen zu ermöglichen.

Das Berliner Mobilitätsgesetz wird in Marzahn-Hellersdorf konsequent umgesetzt. Insbesondere die Radplaner:innen-Stellen im Bezirksamt sind schnell zu besetzen.

Ortsumfahrung Ahrensfelde: Um den Konflikten um den Bau der Ortsumfahrung Ahrensfelde zu begegnen, werden wir uns beim Vorhabenträger Land Brandenburg sowie beim Senat für einen Planungsbeirat einsetzen. Dieser soll nach dem Vorbild der TVO eine breit getragene Variante ermöglichen und eine weitere jahrelange Verzögerung vermeiden.

TVO fertigstellen: Den Bau der Straßen- und Nahverkehrstangente wird die Zählgemeinschaft aktiv gegenüber dem Senat und der DB AG einfordern. Den Bau eines Regionalhaltes am S-Bahnhof Springpfuhl wollen wir in dieser Legislatur planerisch auf den Weg bringen.

Straßenbahnausbau: Die Verkehrslösung Mahlsdorf und der Ausbau der Straßenbahn soll schnellstmöglich umgesetzt werden. Für den Lückenschluss der Straßenbahn zwischen Mahlsdorf und Hellersdorf sowie zwischen Marzahn und Hohenschönhausen, werden wir uns beim Senat einsetzen und die bezirklichen Grundlagen dafür schaffen.

Der Bezirk wird sich gegenüber dem Berliner Senat dafür einsetzen, die U- und S-Bahnhöfe wieder mit Auskunfts- und Sicherheitspersonal auszustatten.

Den FahrRAT werden wir fortführen und den Ausbau des Fahrradstraßennetzes (Radverkehrsnetz) beschleunigen. Um künftig schneller mehr sichere Radinfrastruktur an den wichtigen Netzverbindungen zu schaffen, orientiert sich der Bezirk an den Priorisierungen des Radverkehrsplanes. Außerdem wird sich der Bezirk für die Umsetzung der Leuchtturmprojekte „RSV Ost-Route“ und der „Radbahn U5“ einsetzen. Bis zum Sommer 2022 soll zudem die Ausschilderung der Radwege nach Brandenburg und zu den Brandenburger Seen realisiert werden.

Das Bezirksamt wird im Jahr 2022 verbindliche Schritte einleiten, um einen durchgängigen Radweg entlang der Allee der Kosmonauten, Raoul-Wallenberg-Straße mit Anschluss an den TR7 zu errichten.

In der Lemkestraße werden wir ein Modellprojekt für einen regendurchlässigen Belag umsetzen. Dieser muss leise, radverkehrsfreundlich und giftarm sein. Ziel ist es, damit bestehende Baumstandorte auch bei der Sanierung weiterer Straßen im Siedlungsgebiet zu sichern.

Der Jugendverkehrsgarten in Marzahn-Nord wird wieder durch den Bezirk gefördert. Das Bezirksamt wird das Gelände wieder in ein bezirkliches Fachvermögen überführen und mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 erste Schritte zur finanziellen Förderung einleiten.

Umwelt, Natur und Artenschutz

Wir wollen das Stadtgrün gut pflegen, Kleingärten erhalten, Tier- und Pflanzenwelt schützen und das Umweltbewusstsein stärken.

Unser Ziel ist es, jedes Jahr eine positive Baumbilanz in Marzahn-Hellersdorf zu erreichen. Dazu wird die Zielvereinbarung Straßenbäume konsequent umgesetzt, die Liste der bepflanzbaren Baumstandorte (aus GRIS) einmal im Jahr veröffentlicht und freie Baumstandorte innerhalb eines Jahres bepflanzte. Gegenüber dem Senat setzen wir uns dafür ein, die GRIS-Liste immer aktuell im Datenportal zu veröffentlichen.

Im Jahr 2022 sollen in einer Aktionswoche Baumstandorte bspw. mittels "Ordnungsamt Online" von Bürger:innen gemeldet werden können. Die gemeldeten Baumstandorte werden innerhalb eines Jahres auf ihre Bepflanzbarkeit geprüft und die Ergebnisse in GRIS

eingepflegt. Dabei ist auch die Baumpflege und die Ertüchtigung des Baumstandortes zu berücksichtigen. Dies schafft Transparenz für Bürger:innen und die Fachöffentlichkeit.

Unvermeidbare Baumfällungen werden mindestens 7 Tage im Voraus der Nachbarschaft sowie über die Baumfäll-Liste im Internet angekündigt. Um Baumstandorte zu erhalten, soll die Installation von neuen Medien so geplant und verlegt werden, dass keine Baumstandorte verloren gehen.

Die ökologische Baubegleitung wird Grundlage jedes Eingriffs in das Stadtgrün bei Straßenbaumaßnahmen. Baumscheiben sollen bei Straßenneubau, -umbau und -sanierung so angelegt werden, dass sie im Niveau niedriger sind als die Fahrbahn und somit Wasser direkt dezentral versickern kann.

Um den Klimafolgen entgegenzutreten, verfolgen wir das Ziel, Teil der Schwammstadt Berlin zu werden. Regengärten und dezentrale Versickerung werden bei allen Baumaßnahmen geprüft. Ein Gewässeraktionsplan soll die bedrohten Lebensräume in den bezirklichen Kleingewässern, wo dies möglich ist, erhalten. Im ersten Jahr der Legislatur wollen wir ein Notprogramm für den Amphibienbestand umsetzen.

Die Sicherung von Kleingartenanlagen im Bezirk wird weiter vorangebracht. Entsprechende Bebauungsplanverfahren sind einzuleiten und konsequent zu bearbeiten.

Das Wuhletal muss endlich als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Die ökologische Aufwertung der Niederung im Sinne der Flora-Fauna-Habitat-, der Vogelschutz- und der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie ist fortzuführen.

Grünflächen sollten, mit Ausnahme eng begrenzter naturschutzrelevanter Flächen, für alle Bürger:innen zugänglich sein; gerade für Kinder muss es „Naturerlebnisräume“ geben. Eine Einzäunung des Kienbergparks lehnen wir ab.

Die Zählgemeinschaft wird sich gegenüber den zuständigen Stellen dafür einsetzen, die Grünfläche um den Wernersee als öffentliche Grünanlage zugänglich zu machen.

Alle Potentiale zur dezentralen Regenwasserbewirtschaftung sind zu erschließen und schrittweise umzusetzen. Schwerpunkte für einen bezirklichen Managementplan sind die Hönower Weiherkette und Gewässer im Fließsystem der Wuhle.

Projekte wie „Essbare Stadt“, ebenso alle Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns bzw. der gemeinschaftlichen Nutzung von Flächen werden wir fördern.

Stadtentwicklung:

Infrastruktur hat Vorrang: Die Entwicklung der letzten Jahre hat Zuzug bewirkt, der aktuell zu einer Diskrepanz zu den Infrastrukturangeboten geführt hat.

Im Fokus einer verantwortlichen Stadtentwicklung steht deshalb, kommunale Flächen, die für Infrastrukturangebote benötigt werden, prioritär für diese zu sichern und auch bei Projekten von Investoren zuerst die Nutzung für Schule, Kindertagesstätten, ärztliche Versorgung, soziale Nutzung, studentisches Wohnen und Unterkunft für Menschen in Not zu favorisieren. Dazu gehört die Unterstützung von Projekten, die Bildungsangebote, Hochschülerweiterung, Stadtteilzentren, Bürgerhäuser und Sportnutzung sowie mögliche Kombinationen von studentischen Nutzungen, altersgerechtem Wohnen und Kulturangeboten beinhaltet.

Bei geplanten Wohnbauvorhaben ist das Bezirksamt bestrebt, diesen Punkt sofort mit in die Verhandlungen zu Wohnprojekten einfließen zu lassen. Das bedeutet auch die

Unterlagerung von Wohnbauten mit sozialer Infrastruktur, Läden und Büroangeboten sowie Grünflächen, Park- und Abstellmöglichkeiten, um diese wichtigen Flächen besser zu nutzen. Wohngebiete, in denen neue Wohnbauten beabsichtigt sind, sind von Flächeninhaber:innen konsequent auf die Zielsetzung zu überprüfen.

Das Bezirksamt wird das Wohnungsmarktentwicklungskonzept bis Mitte 2022 fortschreiben und jene Flächen definieren, die bis 2026 als Baupotenziale vorhanden sind. Durch politische Entscheidungen und Instrumente wie Bebauungspläne soll eine darüber hinaus gehende Wohnbebauung ausgeschlossen werden. Ziel ist es, Klarheit darüber zu schaffen, welche tatsächlichen und in der Bevölkerung akzeptierten Potenziale für den Wohnungsbau im Bezirk vorhanden sind.

Bei Flächen von bezirklicher Bedeutung, die derzeit noch nicht mit einem Bebauungsplan belegt sind, sind solche Verfahren einzuleiten.

Das Bezirksamt wird unmittelbar ein Bebauungsplanverfahren für den östlichen Helene-Weigel-Platz „Kino Sojus“ auf den Weg bringen. Hierbei sollen die 2013 erarbeiteten städtebaulichen Entwicklungsperspektiven und eine mögliche kulturelle Nutzung einbezogen werden. Ziel soll eine unter Einbeziehung der Anwohnenden und Schonung landeseigener Flächen definierte Entwicklung dieses Areals sein.

Eine wichtige Aufgabe ist das Schaffen von Wohnraum für junge Auszubildende, Studierende und Beschäftigte in unserem Bezirk. Es ist dringend eine Initiative für junges und bezahlbares Wohnen zu starten. Mit Genossenschaften und Wohnungsunternehmen wollen wir mindestens zwei Projekte umsetzen.

Altersgerechtes Wohnen und generationenübergreifende Projekte, Projekte für Pflege und Wohnen im Alter sowie freizeitkulturelle Infrastruktur sind vorrangig zu entwickeln, damit die Bürgerinnen und Bürger die gewohnte Umgebung nicht verlassen müssen.

Das zentrale neue Quartier „Knorr Bremse“ als Ort für Arbeit und Wohnen wird durch den Bezirk aktiv begleitet. Die Partnerinnen werden auf die Einbindung von Infrastruktur für Kinder und Jugendliche hinwirken.

Öffentliche Plätze wie die Helle Mitte, den Elsterwerdaer Platz und andere werden wir attraktiver gestalten. Maßnahmen dazu sind unter anderem neue Baumstandorte, Entsiegelung und das Aufstellen von Sport- und Freizeitgeräten.

Die Partnerinnen werden im Bezirksamt alle Möglichkeiten, analoge und digitale, ausschöpfen, um den Zugang für Bürgerinnen und Bürger zu Informationen über Bebauungspläne und weitere vergleichbare Dokumente zu erleichtern.

Gebäude, Liegenschaften, Grund und Boden:

Die Partnerinnen bekennen sich zur Liegenschaftspolitik des Berliner Senats, die eine Privatisierung von öffentlichem Grund und Boden ausschließt. Das Bezirksamt wird im kommenden Jahr Bedarfe für den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden definieren und gegenüber dem Senat vertreten.

Bis Mitte 2023 wird das Bezirksamt ein Konzept erarbeiten, das die mittel- und langfristige Unterbringung bezirklicher Einrichtungen und Angebote in landeseigenen Gebäuden vorsieht. Hierbei ist auch eine perspektivische Instandsetzung landeseigener Gebäude zu berücksichtigen (z.B. Haus der Gesundheit).

Ziel des Bezirksamtes wird die konsequente Auflösung des enormen Sanierungsstaus bezirklicher Gebäude sein. Hierbei sind alle Möglichkeiten der Energieeinsparung und -gewinnung, Dach- und Fassadenbegrünung zu berücksichtigen.

Das Bezirksamt wird gegenüber dem Senat dafür eintreten, dass das geplante Amtsgericht am Helene-Weigel-Platz errichtet wird.

Zur besseren Steuerung und Entlastung des Etats des Schul- und Sportamtes und aufgrund der überregionalen Bedeutung wird das Freizeitforum Marzahn direkt beim Bezirksbürgermeister angesiedelt. Zur Koordinierung und Begleitung wird eine zusätzliche volle Stelle geschaffen.

Wirtschaft:

Marzahn-Hellersdorf ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort mit Potenzial.

Einkaufszentren, Kiez-Zentren und Promenaden sind auch Orte des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in unserem Bezirk. Alle diese Zentren sind zu modernen, attraktiven Stadtquartieren weiterzuentwickeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bei der Weiterentwicklung der Zentren funktionierende Strukturen erhalten bleiben und anstelle von einseitig dem Konsum dienenden Neubauten bauliche Lösungen für Wohnen, Dienstleistungen und soziokulturelle Infrastruktur entwickelt werden.

Die Entwicklung des Clean-Tech-Businessparks durch die WISTA GmbH werden wir begleiten und weiter vorantreiben. Ziel ist es, mindestens die Hälfte der vorhandenen Flächen bis zum Ende der Wahlperiode in eine Nutzung überführt zu haben.

Wir werden die Verkehrsanbindung an Wirtschaftsorte im Bezirk vorantreiben. Neben den bereits in dieser Vereinbarung genannten Projekten (Tangentialverbindung Ost, Ortsumfahrung Ahrensfelde) werden wir uns für eine attraktive Schienenanbindung der Gewerbegebiete einsetzen.

Um kleine und mittlere Betriebe zu unterstützen, wollen wir landeseigene Gewerbehöfe schaffen. Der Standort Bitterfelder Straße 15 ist geeignet und muss in Zusammenarbeit mit der WISTA GmbH realisiert werden.

Weitere geeignete Standorte sind zu definieren und die notwendigen Schritte für die Einrichtung solcher Gewerbehöfe zu schaffen. Dabei ist auch der Ankauf geeigneter Liegenschaften zu berücksichtigen. Hierbei ist gegenüber dem Land auf die Übernahme durch die WISTA GmbH hinzuwirken.

Das Bezirksamt wird die Bebauungspläne der bezirklichen Gewerbegebiete überprüfen und deren Zielstellung ggf. anpassen. Ziel sollte mehr Flexibilität für die Ansiedlung von Gewerbe und ein integriertes Gewerbeflächenkonzept sein. Privatwirtschaftliche Sport- und Kulturunternehmen oder auch Initiativen von Vereinen müssen hierbei ebenfalls Berücksichtigung finden.

Der Bezirk hat beste Voraussetzungen für ein Wissenschafts- und Wirtschaftsnetzwerk in Zusammenarbeit mit der Alice-Salomon-Hochschule, der Hochschule für Technik und Wirtschaft, der Hochschule für Wirtschaft und Recht sowie Bildungseinrichtungen aus der Region, um jungen Menschen beste Zukunftschancen zu bieten. Wertschöpfung in der regionalen Wirtschaft: Hier wird anzuknüpfen sein, um diese Kompetenz als Marke aufzubauen.

Attraktive Verwaltung, bürgernahe Dienstleistungen:

Das Bezirksamt wird bis Mitte 2022 Schritte einleiten, um die Personalbetreuung in der Serviceeinheit Personal zu reformieren. Ziel ist es, alle offenen Stellen in max. 3-6 Monaten zu besetzen. Hierzu sind auch Initiativen zu verfolgen, die Arbeitsplätze im Bezirksamt für Mitarbeitende attraktiver zu gestalten (Raumqualität, Pausenangebote, Fahrradfreundlichkeit, etc.).

Weiterhin ist von allen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, um durch eine flexible Eingruppierung in Gehaltsstufen neue Mitarbeitende zu gewinnen.

Die vorhandenen drei Bürgerämter sollen gesichert und durch ein mobiles Bürgeramt ergänzt werden. Die Öffnungszeiten der drei Standorte sollen entsprechend dem Bedarf verändert werden.

Bis zur Mitte der Wahlperiode sollen die notwendigen Voraussetzungen für ein neues Bürgeramt geschaffen werden.

Als Standort favorisieren die Partnerinnen entsprechend dem Bedarf die Marzahner Großsiedlung.

Sport, Freizeit und Ehrenamt:

Zur Sicherung der Arbeit der Rettungsdienste setzen wir uns für einen zusätzlichen Standort für Rettungswagen in Marzahn oder Hellersdorf ein. Die Sanierung der bestehenden Standorte der Feuerwehr, insbesondere den Umzug und Neubau des Standortes der Freiwilligen Feuerwehr in Mahlsdorf, werden wir aktiv unterstützen. Schnellstmöglich muss das Land sich mit der TLG zum Standort Feuerwehr Mahlsdorf einigen, damit diese Feuerwehr dort einen modernen, landeseigenen Standort erhält.

Die Partnerinnen wollen den Vereins- und Freizeitsport im Bezirk fördern. Hierbei wollen wir auch die Verzahnung von Schule und Sport verbessern. Unser Ziel ist auch eine Kinderbetreuung bei öffentlichen Sportangeboten.

Freibad (Kombibad) Standort Jelena-Santic-Friedenspark: Gemeinsam setzen wir uns für die Finanzierung der Planungen und des schnellstmöglichen Baus des Freibades ein und werden alle bezirklichen Aufgaben ohne Verzögerung erledigen. Für die Ausfinanzierung des Kombibads setzen sich die Partnerinnen auf Landesebene ein.

Für den Biesdorfer Baggersee soll bis zur kommenden Badesaison ein Konzept für eine kurz-, mittel- und langfristige Perspektive zur verträglichen freizeitlichen Nutzung - auch unter Berücksichtigung eines zu prüfenden Badebetriebs (Steigerung der Wasserqualität, Badeschiff, ...) erarbeitet werden. Dazu soll insbesondere die Qualität des Wassers regelmäßig überprüft werden. Weiterhin ist auch für die anderen Seen im Bezirk eine geordnete Badenutzung zu prüfen.

Der Bau und Ausbau von Sportanlagen darf nicht vernachlässigt werden. Das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm muss daher konsequent umgesetzt werden; finanzielle Mittel aus diesem Programm dürfen nicht „verfallen“.

Veranstaltungen wie schul- und kiezübergreifende Sportfeste und Sportveranstaltungen der Kinder- und Jugendhilfe werden wir weiterhin unterstützen. Die Sportlerehrung soll künftig vom Bezirk - auch finanziell - unterstützt werden.

Die Partnerinnen werden geeignete Instrumente entwickeln, um auch den vereinsungebundenen Sport und bisher nicht geförderte Sportaktivitäten wie E-Sport zu unterstützen.

Die Hallenkapazitäten für das Vereins-, Schul- und Freizeitschwimmen müssen dringend erweitert werden. Bis zum Bau eines Kombibades soll eine temporäre Schwimmhalle, wie sie bereits in Friedrichshain-Kreuzberg besteht, die vorhandenen Wasserflächen ergänzen. Wir werden uns gegenüber dem Land Berlin und den Berliner Bäderbetrieben für den Bau einer solchen Anlage einsetzen und die notwendigen Voraussetzungen, u.a. die Bereitstellung einer geeigneten Fläche, schaffen.

III Struktur der Zusammenarbeit

Die Fraktionen der Partnerinnen wollen fair miteinander zusammenarbeiten. Zur Regelung der Zusammenarbeit vereinbaren die Partnerinnen folgendes Prozedere: In allen Fällen eines Dissenses bezüglich der von einem der Partnerinnen eingebrachten Bezirksamtsvorlagen oder BVV-Anträgen ist die Angelegenheit von der Tagesordnung zu nehmen. Dies sollte mit dem Ziel einer schnellen Einigung der Bezirksamtsmitglieder der Partnerinnen erfolgen.

Wenn das nicht möglich ist, wird der strittige Gegenstand an ein gemeinsames Gremium der Partnerinnen, den „gemeinsamen Ausschuss“, überwiesen.

Dieser hat binnen einer Woche diesbezüglich zu beraten. Der gemeinsame Ausschuss wird zu gleichen Teilen aus jeweils 3 Mitgliedern besetzt und versucht zum Beratungsgegenstand eine an der Sache orientierte Lösung zu finden. Nur im Fall des endgültigen Scheiterns einer Lösungsfindung nach erfolgten Verhandlungen in der Sache, findet der weitere Geschäftsgang gemäß der Geschäftsordnung des Bezirksamtes oder in der BVV seinen Fortgang.

Im Falle des Scheiterns einer Einigung sind die Partnerinnen in ihrem Handeln frei.

Dies gilt nicht für die Abwahl eines Bezirksamtsmitglieds. Nur wenn die Fraktionen und der gemeinsame Ausschuss einer Abwahl zustimmen, kann ein Antrag auf Abwahl eines Bezirksamtsmitglieds durch eine Fraktion der Partnerinnen eingebracht oder (bei Einbringung durch eine andere Fraktion) zugestimmt werden.

Die Parteien und Fraktionen weisen in ihrer jeweiligen Pressearbeit bei gemeinsamen Initiativen auf die gemeinsame Urheberschaft hin. Das Bezirksamt weist in Pressemitteilungen auf die Urheberschaft der jeweiligen BVV-Fraktionen hin.

Berlin Marzahn-Hellersdorf

Iris Spranger

SPD Marzahn-Hellersdorf

Günther Krug

Fraktion SPD Marzahn-Hellersdorf

Kristian Ronneburg

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

Bjoern Tielebein und Sarah Fingarow

Fraktion DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

Julia Scharf und Pascal Grothe

Bündnis 90/Die Grünen

Anne Thiel-Klein und Nickel von Neumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen